





# Ludendorff, Hitler & Co.

Von Hugo Oberstein

Die Stellung der Regierung zu Ludendorff und seiner Clique ist eines der charakteristischsten Merkmale für die Zukunft in dieser lang von einem Wutsturm in das andere getriebene Zeit, der die Siegermächte im Weltkrieg belogen und betrogen hat, und die, nachdem er sich als Lüge geliegt, darf heute in Deutschland wieder ganz frei und offen die Kontroverrevolution organisieren, die Bürgerkrieg vorbereiten, ohne daß eine Regierung, ohne daß ein Staatsanwalt oder ein Staatsgerichtshof dagegen einschreift.

Er durfte seine blutigen Finger ungehindert in alle politischen Machterhebungen stecken, die verschiedenen Prozesse vor dem Staatsgerichtshof und vor dem Reichsgericht haben das bewiesen. Er darf heute, wie die Vorgänge in Rußland zeigen, öffentlich Paraden mit den weingardistischen Banden abspielen.

Wie lange will die Regierung, wie lange wollen die Behörden diesem unerhörten Treiben zusehen? Warten sie darauf, daß einige Dugend beehrte Arbeiter dem Ludendorff handgreiflich beweisen, daß die Arbeiterklasse seiner kontroverrevolutionären Umtriebe laß ist, um dann die Arbeit zu stellen, die nichts anderes beabsichtigt haben, als der Gesamtarbeiterschaft einen erarbeiteten Dienst zu erweisen, in die Gefängnisse und Justizhäuser zu bringen?

Noch ist es nicht zu spät, noch hat die Regierung die Möglichkeit, einzuschreiten. Tut sie es nicht, dann trägt sie die Verantwortung für alle Folgerungen.

Wie geringfügig das Treiben Ludendorffs ist, zeigt kein Urteil des Staatsgerichtshofes, das die Ludendorffsche Unterführung als geheime Weisung mit Hitler in der Corneliusstraße, die von 12 Uhr nachmittags bis abends dauerte. Diese Weisungen wiederholten sich. Am 4. April folgte eine gemeinsame Sitzung zwischen Großmann, dem Vertreter der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, einem Vertreter des Bundes der Arbeiterpartei und einem Vertreter vom Bund „Kamerad und Reich“ im Hauptquartier der hiesigen Einwohnerwehr. Dieses Hauptquartier befindet sich im Ringhotel am Sendlingerplatz 1. Die verbotene bayerische Einwohnerwehr hat hier die ganze obere Etage gemietet, unter der falschen Färbung „Kameradische Verbande-Mitrageliste“, Telefon 5618 und 5619. Die Räume werden streng bewacht durch die Mitglieder der Einwohnerwehr, die sich in die Etage begeben und die den Einwohnern als „Herr Reichwehler“ angedeutet werden. So sieht Ludendorff nicht nur mit den Nationalsozialisten, sondern auch mit der verbotenen Einwohnerwehr in enger Verbindung.

Obwohl es sich um die Beziehungen Ludendorffs zu den ausländischen Kontroverrevolutionären, die Verbindung mit Litau und Österreich sowie mit den ungarischen Herrschern handelt, ist es offensichtlich, daß Ludendorff nicht nur die Beziehungen zu den russischen Weingardisten, die in Bayern ihr Unwesen treiben. In München treibt ein russischer Generalstabsoffizier, Oberst Karmelitsch, sein Unwesen. Er war Adjutant bei Nikolajewitsch, kämpfte später an den weingardistischen Fronten bei Tschudin, Wolow, Peltuna, zuerst war er bei Braganca, der beim Sturm auf Karmelitsch und bei der Eroberung der Stadt, nach dem „Sozial-Continental“. Hier vertrat überhaupt eine seine Gesellschaft. Außer diesen russischen Reaktionen gehen hier ein und aus u. a. der französische Vorkämpfer Dact, die Gräfin Sohenkeim, wohnhaft München, Leopoldstraße 20, bekannt aus der Fuchsbauhaus-Witze. Sein Adjutant, Hauptmann Gollmann, ist ein englischer Offizier mit vielen kontroverrevolutionären Verbindungen, er war auch zur Zeit des Vierjahres am 8. April als Gast dieser Gesellschaft anwesend.

Der russische Oberst Karmelitsch wurde vor einigen Tagen von der Münchener Polizei in einer Straße verhaftet. Nichts wurde darüber veröffentlicht. Wie fragen: weshalb erfolgte diese Verhaftung?

Die Empörung der Münchener Arbeiterklasse über das schamlose Treiben der gefährlichen weingardistischen Banditen wächst von Tag zu Tag. Von der bayerischen Regierung ein Eingreifen zu erwarten, ist ausgeschlossen, denn sie ist nicht nur die Feindin der Arbeiterklasse, sondern auch die Feindin der Arbeiterpartei. Diese Frage geht jedoch nicht nur Bayern an, die übrigen Bundesstaaten und das Reich werden durch die Umtriebe hart in Mitleidenhaft gezogen. Mitleidlich sieht sich der Herr Reichswehrminister einmal die Operationspläne an, die der Münchener Generalstabsoffizier für den kommenden Bürgerkrieg ausgearbeitet hat und noch „verbessert“. So ist die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Reichsregierung unter ihrer Organe, die Ludendorff und Hitler vor sich zu stellen. Tut sie es nicht, dann werden die Arbeiter es selbst tun müssen. Aber lange dürfen die Arbeiter nicht mehr warten.

## Mussolinis Fahrt mit Hindenburg

In den letzten Wochen und Tagen mehren sich bei Ansehern der sich vor der Regierung Mussolini auf allen Gebieten befindenden Schwierigkeiten und Misserfolgen. Die „Berliner Morgen-Zeitung“ glaubt bereits diese Anzeichen dahin deuten zu können, daß sie von dem schon überhöhten Höhepunkt der Macht des italienischen Faschismus spricht. Wir haben allen Anlaß, bei dieser Feststellungen und Prophezeiungen die äußerste Beachtung zu haben; der Faschismus und der gewalttätige Kampf und von der Einschätzung seiner jenseitigen Macht und Lage hängt unsere Kampfesstellung gegen ihn ab.

Der vor einigen Tagen stattgefundenen Kontrahent der kirchlichen Partei der „Popolari“ löste bereits eine Regierungskrise aus. Die Mehrheit des Parlamentes unter Führung des von Staro, die Unterstützung der faschistischen Regierung aus. Der allgemeine Ton der Debatte war jedoch ein entschieden antimussolinischer. Die Rechte der Partei, die dem Faschismus vorbestaltet dienen will, isolierte sich ab und schritt zur Gründung einer neuen Partei. Mussolini selbst ist sofort zum Gegenangriff gegen den Staro über, stellte den kirchlichen Mitgliedern der Regierung ein Ultimatum, worauf diese demissionierten. Das Parlament ist in Zankeln so gut wie ausgedacht, das neue Wahlgesetz soll, das den Provisor abschafft und das jenseitige Mehrheitsergbnisse in den Wahlbezirken einführt, eine faschistische Kammer ergeben. Trophäen bedeutet der Übergang der großen katholischen Partei zur Opposition außerhalb des Parlamentes einen empfindlichen Schlag für die moralische Dignität Mussolinis.

Es war im voraus klar, daß der erwähnte Widerstand gegen die Allianz der faschistischen Diktatur einerseits in den katholischen Kreisen, andererseits in der Arbeiterklasse sich sichtbar machen wird. Wir haben bereits berichtet über spontane Streiks, die in mehreren Teilen Italiens gegen den Willen der faschistischen Führer unter falscher Vorwand der Arbeiterpartei ausgedrückt sind. Vor kurzem mehrere Telegramme glänzende faschistische Kampfer erzielte Siege bei Kommunalwahlen. Demgegenüber erscheinen folgende Ziffern optimistisch: bei den Betriebsbelegiertenwahlen in zwei großen Betrieben Turins, die letzte „Comunale“ hatte 3000 Stimmen, erhielt die feigenregimentarische Seite in der Fabrik „Danica“ 480 Stimmen gegen 60 faschistische, in der Fabrik „Soc“ 477 gegen 104. Ähnliche Ergebnisse wurden erzielt in den Betrieben des „Fiat“. Alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter haben hierbei die Einheitsfront gegen die Faschisten abgelehnt.

Vor einigen Tagen, meidet das faschistische Organ „Giornale d'Italia“, wurde in einem kleinen italienischen Städtchen von

zwei Schulkinder ein totes Auto wegen zu großer Geschwindigkeit angehalten. Entsaftet wurde die beiden, als sie feststellten, daß das Auto des Herrn Mussolini fährt rasend rasch; er wird sich aber nicht immer bei denjenigen bedanken, die es aufhalten werden.

## Parteitag der KP. Rußlands

Moskau, 19. April.

Auf dem Parteitag der Kommunistischen Partei verteidigte Kamenew den Standpunkt des Zentralkomitees, wobei er von der großen Mehrheit der Delegierten unterstützt wurde. Die Opposition ist durch Lenin, Smilski und Krassin vertreten. Den Mittelpunkt der Erörterungen bildete die Rede Krasnina. Er wies darauf hin, daß die politische Grundlinie der Partei der Arbeit der wirtschaftlichen Wiederherstellung nicht im Wege stehen dürfte, und verlangte, daß in den führenden Parteifunktionen sachmännlich ausgebildeten Wirtschaftlern an Stelle der weniger kompetenten Persönlichkeiten ein genügender Einfluß eingeräumt werde. Kamenew betonte in seiner Antwort, daß die Vertreter der Opposition sich um Respektirungen leisten ließen und nicht fähig seien, sich auf einen allgemeinen Parteipunkt zu stellen. Dabei erklärte die Opposition, daß die Partei der Arbeiter. Die Forderungen Krasnins nach größtem Einfluß der Fachmänner seien im letzten Grunde durch einen Übertritt des Bestimmungsmittels der inneren Kräfte des Landes veranlaßt und ließen eine nicht genügend vorzügliche Stellungnahme zur Wirtschaft des ausländischen Kapitals an der Wiederherstellung der Produktion Rußlands erkennen. Die Rede Kamenews wurde mit feierlichem Beifall aufgenommen.

Ein Beauftragter der „Rabotnik“ beauftragt sich mit den demografischen Aufhebungen der Parteiführer, die den Kontrahent der Kommunistischen Partei betrifft und hält das für eine Tatsache von historischer Bedeutung. Nur der feste Zusammenhang der Partei mit den Arbeitern und Bauernmassen gegen Sowjet-Rußland die Sicherheit des Sieges auf der wirtschaftlichen und der politischen Front und erlaube der Sowjetregierung, die ausländische Intervention abzuwehren.

## Die Solidarität der russischen Arbeiter

Der Korrespondent des bürgerlichen „Manchester Guardian“ meldet aus Rußland: Die Kommunisten der Westsibirien Bezirks leiteten eine Kampagne zur Unterstützung der Arbeiter durch die Arbeiterklasse.

# Ein neuer Schritt vorwärts!

## Sitzung der erweiterten Bezirksleitung der SPD. Halle-Merseburg

Die Ruhrbesetzung, das gemeinsame Werk europäischer imperialistischer Kapitalisten, ist in ein neues Stadium eingetreten: In die Liquidierung eines Abschnitts, wie sie am besten gekennzeichnet wird durch die neue Steigerung des Dollarkurses und damit aller Warenpreise und der Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse. Wo eine Lösung auf Kosten der Arbeiterklasse.

Die nationale Einheitsfront von Stierlich bis Scheidemann in der Ruhrfrage, der weisse Widerstand der Cuno-Regierung, die nationale Einheitsfront des ADGB, zeigen ihre Preisliste: Massenarbeitslosigkeit, erhöhte Steuerbelastung des Proletariats, gesteigerte Offensivität des Unternehmertums für Lohnabbau, das sind die „praktischen“ Erfolge der mehr oder weniger verkehrelten Koalitionspolitik der SPD. Anzeichen der neuen Wendung in Rußland, die Unfähigkeit des deutschen Proletariats muß die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen gegen weitere Ausbeutung und Unterdrückung.

Mit der Frage, wie dieser Kampf geführt werden muß, beschäftigte sich eine am gestrigen Sonntag stattgefundene Sitzung der erweiterten Bezirksleitung (Bezirksauschuss). Bei der Sitzung wurde folgende Beschlüsse der Arbeiterklasse in unserer Schwachheitsperiode einer eingehenden Prüfung unterzogen, und zwar fast hauptsächlich in Betracht der Kampf der Arbeiterklasse in Sachsen und Thüringen. Es war die einmütige Auffassung der Genossen, daß die Vorgänge in Sachsen und die Forderungen der gesamten Bourgeoisie nach einer Reichsregierung gegen Sachsen nicht ein Ziel der gesamten Offensivität des Kapitalismus sind, sondern vielmehr die Positionen der Arbeiterklasse in Sachsen die gesamte Arbeiterklasse im Reich zu schlagen und ihr die Lasten der Krise aufzubürden. In diesem Sinne sind auch die praktischen Beschlüsse der Konferenz zu werten, die darauf hinausgingen, die schmale Kampffront der sächsischen Arbeiterklasse zu verbreitern und die Vorpostenstellung in Sachsen zu einer entschlossenen Schlachtfeldfront des gesamten Proletariats werden zu lassen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die nachstehende einstimmig angenommene Resolution zu betrachten:

Die durch die entschlossene Mitwirkung der sächsischen Arbeiterklasse gebildete sozialistische Regierung hat auf Grund der gestiegenen Weingardenerungen der Kontroverrevolutionären den faschistischen Übertritt, überall geht die sächsische Arbeiterklasse dazu über, proletarische Revolutionen zu bilden. Darob muß die ganze bürgerliche Pressewelle und fordert die Reichsregierung die sächsische Arbeiterklasse.

Während in Bayern, in Oberfranken, im Ruhrgebiet, überhaupt im ganzen Reich die Faschisten die empfindliche Widerreaktion der Arbeiterklasse vorbereiten, die Reichswehr und der schlagende der Arbeiterklasse vorbereiten, die Reichswehr und der reaktionäre Teil der Schumpeter zum Kampf gegen die Arbeiterklasse rufen, sollen in Sachsen die ersten Schritte der gesamten Arbeiterklasse, eine organisierte Abwehrfront gegen den Faschistenaufruch zu bilden, im Reime durch die Reichsregierung erfüllt werden.

Die Stellung der Reichsregierung, insbesondere aber die der preussischen Regierung, zur Bildung der proletarischen Hunderttausenden, zeigen sehr klar, daß die Regierung der Stinnesrepublik gewillt sind, dem Geistes des Bürgerturns nach der Reichsregierung Rechnung zu tragen und die Abwehrfront der Arbeiterklasse in Sachsen zu zerlegen.

Die erweiterte Bezirksleitungssitzung des Bezirksauschusses hat sich darüber klar, daß den aus diesem Vorhaben der Bourgeoisie erwachenden Kampf der sächsischen Arbeiterklasse diese nicht allein erfolgreich führen kann. Ein Sieg ist nur möglich durch den geschlossenen einheitsfronten Kampf der gesamten Arbeiterklasse des Reiches. Deshalb rufft die erweiterte Bezirksleitung die gesamte Arbeiterklasse des Reiches auf, die sächsischen Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu unterstützen. Der Fortschritt des Bürgerturns nach der Reichsregierung muß unsere Lösung: Bildung proletarischer Hunderttausenden, entgegengeleitet werden. Dem Kampf der sozialistischen Widerbewegung in Sachsen müssen wir entgegengehen den Kampf für die Reichs-„Arbeiter-Regierung“.

Die erweiterte Bezirksleitung rufft deshalb die gesamte Mitgliedschaft mit aller Kraft für die Sitzung der sächsischen Arbeiterklasse unter den gegebenen Lösungen einzusehen:

Gegen die Koalition mit dem Bürgerturn.  
Für die proletarischen Hunderttausenden.  
Für die Reichs-„Arbeiter-Regierung“.

So wesenhaft manchen Arbeitern, von allen den Anhängern und den Bezirksleitern der SPD, diese Forderungen sein mögen, ist wichtig ist gerade die Durchführung dieser Beschlüsse in den Be-

arbeiter ein, an der sich auch alle Generalschaften beteiligen. Die Fabrikarbeiter geben einen Teil ihres Lohnes ab und leisten Überstunden, deren Produktion ausschließlich zugunsten der Ruhrarbeiter verwendet wird. Auf alle Arbeiterklasse wurde zum selben Zwecke ein zehnjähriger Aufruf erhoben. In allen Theatern ist letztes im alten Imperialisten, wurden Konzerte veranstaltet, deren volles Erträgnis den Ruhrarbeitern zugute kommt. Die Betreuer der Kommunisten hoffen, daß ihr Beispiel überall befolgt wird. Aus die Roten zu erziehe, die mit ihrer Sympathie mit den Ruhrarbeitern fundgegeben. Hunderte von Beschlüssen in ganz Rußland wurde diesem Gegenstandes gemeldet. Gegen die imperialistischen haben vielerorts auf ihre Führung zugunsten der deutschen Arbeiter bezichtigt.

Staatsgerichtshof zum Schutz faschistischer Propaganda. In der heutigen Sitzung des Staatsgerichtshofes wurde über die Maßnahmen der Reichsregierung zur Verhinderung von Versammlungen und Aufstachelungen verhandelt. Der Reichsgerichtshof hat sich gegen die von Oberpräsidenten von Niederfranken und vom Polizeipräsidenten Berlin erlassenen Verbote von Versammlungen und des sozialistischen Wagnisses ausgesprochen. Die Beschlüsse wurden aufgehoben und die Kosten der preussischen Staatskasse aufgelegt. Hinsichtlich der von den Regierungen von Sachsen und Preußen erlassenen Verbote der Arbeiter wurde zwar das Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Berechtigung des Verbotes anerkannt, ein völliger Beweis aber als nicht erbracht angesehen. Es wird ein neuer Zeugin anbestimmt werden, um den Regierungenvertretern Gelegenheit zu geben, weiteres von ihnen angebotenes Beweismaterial beizubringen.

Ein Kaisermandat Lord Georges. Der „Daily Telegraph“ veröffentlicht einen Brief Lord Georges, worin dieser schreibt, daß England heftigen sozialen Kämpfen entgegenstehe, wodurch die ganze Gesellschaftsordnung erschüttert werden könnte.

Gegen die Spaltungspolitik. Gegen die Kommunistische und Gewerkschaftsvertreterung von Seiten des Hauptvorstandes des Deutschen Metallarbeiterverbandes protestierten die Solinger Metallarbeiter in einer Resolution, worin sie sich mit dem Hauptvorstand der Arbeiterklasse solidarisch erklärten und vom Hauptvorstand das Selbstbestimmungsrecht der Kollegen zu respektieren verlangten.

Kampf um die Verlängerung der Arbeitszeit in England. Der Arbeiterverband der Schiffbauindustrie beschloß, allen Kupfer-, Zinn-, Aluminium-, Klempner- und Tischlern, die in seinen Betrieben am Ende beschäftigt sind, mit Wirkung ab 30. April zu kündigen, wenn sie nicht die Bedingungen des Abkommens betreffend die Überstunden annehmen. Hierdurch werden 120 000 Arbeiter in Mitleidenhaft gezogen.

## Ein neuer Schritt vorwärts!

### Sitzung der erweiterten Bezirksleitung der SPD. Halle-Merseburg

Die Ruhrbesetzung, das gemeinsame Werk europäischer imperialistischer Kapitalisten, ist in ein neues Stadium eingetreten: In die Liquidierung eines Abschnitts, wie sie am besten gekennzeichnet wird durch die neue Steigerung des Dollarkurses und damit aller Warenpreise und der Lebenshaltungskosten der Arbeiterklasse. Wo eine Lösung auf Kosten der Arbeiterklasse.

Die nationale Einheitsfront von Stierlich bis Scheidemann in der Ruhrfrage, der weisse Widerstand der Cuno-Regierung, die nationale Einheitsfront des ADGB, zeigen ihre Preisliste: Massenarbeitslosigkeit, erhöhte Steuerbelastung des Proletariats, gesteigerte Offensivität des Unternehmertums für Lohnabbau, das sind die „praktischen“ Erfolge der mehr oder weniger verkehrelten Koalitionspolitik der SPD. Anzeichen der neuen Wendung in Rußland, die Unfähigkeit des deutschen Proletariats muß die Arbeiterklasse den Kampf aufnehmen gegen weitere Ausbeutung und Unterdrückung.

Mit der Frage, wie dieser Kampf geführt werden muß, beschäftigte sich eine am gestrigen Sonntag stattgefundene Sitzung der erweiterten Bezirksleitung (Bezirksauschuss). Bei der Sitzung wurde folgende Beschlüsse der Arbeiterklasse in unserer Schwachheitsperiode einer eingehenden Prüfung unterzogen, und zwar fast hauptsächlich in Betracht der Kampf der Arbeiterklasse in Sachsen und Thüringen. Es war die einmütige Auffassung der Genossen, daß die Vorgänge in Sachsen und die Forderungen der gesamten Bourgeoisie nach einer Reichsregierung gegen Sachsen nicht ein Ziel der gesamten Offensivität des Kapitalismus sind, sondern vielmehr die Positionen der Arbeiterklasse in Sachsen die gesamte Arbeiterklasse im Reich zu schlagen und ihr die Lasten der Krise aufzubürden. In diesem Sinne sind auch die praktischen Beschlüsse der Konferenz zu werten, die darauf hinausgingen, die schmale Kampffront der sächsischen Arbeiterklasse zu verbreitern und die Vorpostenstellung in Sachsen zu einer entschlossenen Schlachtfeldfront des gesamten Proletariats werden zu lassen.

Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die nachstehende einstimmig angenommene Resolution zu betrachten:

Die durch die entschlossene Mitwirkung der sächsischen Arbeiterklasse gebildete sozialistische Regierung hat auf Grund der gestiegenen Weingardenerungen der Kontroverrevolutionären den faschistischen Übertritt, überall geht die sächsische Arbeiterklasse dazu über, proletarische Revolutionen zu bilden. Darob muß die ganze bürgerliche Pressewelle und fordert die Reichsregierung die sächsische Arbeiterklasse.

Während in Bayern, in Oberfranken, im Ruhrgebiet, überhaupt im ganzen Reich die Faschisten die empfindliche Widerreaktion der Arbeiterklasse vorbereiten, die Reichswehr und der schlagende der Arbeiterklasse vorbereiten, die Reichswehr und der reaktionäre Teil der Schumpeter zum Kampf gegen die Arbeiterklasse rufen, sollen in Sachsen die ersten Schritte der gesamten Arbeiterklasse, eine organisierte Abwehrfront gegen den Faschistenaufruch zu bilden, im Reime durch die Reichsregierung erfüllt werden.

Die Stellung der Reichsregierung, insbesondere aber die der preussischen Regierung, zur Bildung der proletarischen Hunderttausenden, zeigen sehr klar, daß die Regierung der Stinnesrepublik gewillt sind, dem Geistes des Bürgerturns nach der Reichsregierung Rechnung zu tragen und die Abwehrfront der Arbeiterklasse in Sachsen zu zerlegen.

Die erweiterte Bezirksleitungssitzung des Bezirksauschusses hat sich darüber klar, daß den aus diesem Vorhaben der Bourgeoisie erwachenden Kampf der sächsischen Arbeiterklasse diese nicht allein erfolgreich führen kann. Ein Sieg ist nur möglich durch den geschlossenen einheitsfronten Kampf der gesamten Arbeiterklasse des Reiches. Deshalb rufft die erweiterte Bezirksleitung die gesamte Arbeiterklasse des Reiches auf, die sächsischen Arbeiterklasse in ihrem Kampf zu unterstützen. Der Fortschritt des Bürgerturns nach der Reichsregierung muß unsere Lösung: Bildung proletarischer Hunderttausenden, entgegengeleitet werden. Dem Kampf der sozialistischen Widerbewegung in Sachsen müssen wir entgegengehen den Kampf für die Reichs-„Arbeiter-Regierung“.

Die erweiterte Bezirksleitung rufft deshalb die gesamte Mitgliedschaft mit aller Kraft für die Sitzung der sächsischen Arbeiterklasse unter den gegebenen Lösungen einzusehen:

Gegen die Koalition mit dem Bürgerturn.  
Für die proletarischen Hunderttausenden.  
Für die Reichs-„Arbeiter-Regierung“.

So wesenhaft manchen Arbeitern, von allen den Anhängern und den Bezirksleitern der SPD, diese Forderungen sein mögen, ist wichtig ist gerade die Durchführung dieser Beschlüsse in den Be-

tritten durch die Arbeiterklasse. Die Ruhrbesetzung in Verbindung mit der parallel laufenden gesteigerten Tätigkeit der Faschisten hat diese Frage so brennend erregt, daß sie geradezu zur Lösung drängt. Die Erkenntnis der Delegierten aus den Betrieben sowie der einflussreichen Mitglieder der erweiterten Bezirksleitung in diesen Fragen zeigte, daß die Arbeiterklasse darin völlig klar steht.

Einem breiten Raum nahm die Diskussion ein über die sonstigen tatsächlichen Fragen. Jedoch auch hier zeigte die äußerste ruhige und sachliche Haltung des Vorwärtsfortschritts und die innere Festigung der Parteioffensivität.

Besonders regte auch die Diskussion über die kommenden Gemeinderatswahlen.

Nach einer eingehenden Aussprache über die Taktik der Partei wurde nachstehende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen angenommen:

Der Ruhrkrieg hat in Deutschland zwar anfänglich starke Verzerrung selbst in Arbeiterkreisen hervorgerufen, er bedeutet aber praktisch eine scharfe Zuspitzung der politischen Gegensätze im Reich. Die gegenwärtigen Verhältnisse im Reich, als junge revolutionäre Partei oder gerade bestehende Partei, die sich aufweisen, weiß sie in dem vorangehenden Jahre durch die richtige Anwendung der Taktik der Einheitsfront gute Fühlung mit den Arbeitermassen und wesentlich an Vertrauen bei denselben gewonnen hatte. Dadurch und wegen ihrer klaren Stellung zur Ruhrfrage sind die Solinger der SPD gegenüber den bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien im Reich bedeutend genau so ist die Anwendung der Taktik der Arbeiter-Regierung in Sachsen schon jetzt von dem Reich getrennt, daß dadurch die sächsische Arbeiterklasse klar politisiert und schon jetzt in eine starke Opposition gegen jede Koalitionspolitik mit dem Bürgerturn getreten ist.

Es ist deshalb notwendig, die Taktik der Einheitsfront und der Arbeiter-Regierung ganz energisch fortzusetzen. Die Opposition in der Partei muß endlich zerbrechen, diese als die praktisch notwendige Taktik der SPD. begreifen und anwenden zu lernen. Die Zentrale der Partei ist verpflichtet, diese Auffassung mit allen Mitteln zu fördern und die Partei dagegen zu schützen, daß sie in der Erfüllung ihrer dringenden politischen Aufgaben durch Nichtbeachtung der Parteitagebeschlüsse und der Beschlüsse der Weltkonferenz durch einzelne Mitglieder geführt wird.

Zu dieser Entschlossenheit gaben die Vertreter des Kreises jetzt folgende Erklärung ab:

Die Kreisleitung und die Ortsgruppe Zeitz stellt sich vollständig hinter die gemeinsame Erklärung der Parteimitglieder und der Parteimitglieder. Es wird ihre ganze Kraft einbringen, um die zwischen der Zentrale und der Opposition gestiegenen Vereinbarungen durchzuführen. Die Kreisleitung und die Ortsgruppe Zeitz erklärt, daß sie nach wie vor an dem Boden der Einheitsfronten von Zeitz über die Einheitsfront und die Arbeiter-Regierung steht und daß sie diesen ihren politischen Standpunkt im Kreise und bei der Bezirksleitung weiter vertreten wird.

In der praktischen Arbeit hat die Kreisleitung und die Ortsgruppe Zeitz, wie die Gesamtpartei, die Pflicht, die Beschlüsse des Leipziger Parteitagbeschlusses durchzuführen.

Schließlich sind nach folgender Antrag einstimmig Annahme:

Die Kreisleiter werden verpflichtet, mehr wie bisher dahin zu wirken, daß die Beschlüsse des Parteitagbeschlusses und des Leipziger Parteitagbeschlusses, die verlangen, daß auch die Frau des Genossen unbedingt in die Partei gehört, durchgeföhrt werden. Die Genossinnen in allen Ortsgruppen regelmäßig in einem gemeinsamen, um über praktische Aufgaben – Agitation, Bedeutung der Kontrollorgane, Genossenschaftsbewegung, Bestärkung der §§ 218 und 219 – zu diskutieren und dann praktisch anzuwenden.

Demit die Genossinnen praktisch am Ausbau einer wirklich revolutionären Genossenschaftspolitik mitarbeiten können. (Sich und Stimme im Wahlkampf und Vermaltung), müssen zum mindesten die tätigen Genossinnen die Mitgliedschaft zu den Konsumvereinen erwerben. Bei wirtschaftlicher Notlage hat eine Umföderung der Mitgliedschaft vom Rat zu erfolgen.

Insgesamt zeigte die Tagung eine erhebliche Klärung und Festigung der Partei, einen guten Schritt vorwärts, politisch wie organisatorisch. Es gilt nun die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Jeder Parteimitglied muß dazu beitragen, daß in dieser hochpolitischen Zeit mit ihren schweren Gefahren für die Gesamtarbeiterschaft die Partei ausdauernd gekämpft auf dem Boden steht. Auf zu neuer Arbeit – um zu siegen!









R. B. D.

Begehrtestung für Halle-Markierung...

Berichtungen.

Christenheit Halle. Die Sitzung findet nicht Sonntag, sondern Montag den 4. Juni...

DIXON das dankbare Seifenpulver. Ist sparsam im Gebrauch und billiger. ALLEINIGE HERSTELLER: NEWELL & CO., DUSSELDORF.

Bereine. Beschaffenheit der bei der Halle-Genossenschaft...

Bau-Ausführungs-Genossenschaft Halle a. d. S.

Bilanz am 31. Dezember 1922. Table with columns: Soll, Bilanz am 31. Dezember 1922., Haben. Includes items like Kasse, Bank, etc.

Mitglieder-Bewegung 1922.

Bestand am 31. Dezember 1921: 383 Mitglieder mit 383 Anteilen. Zugang 1922: 67 Mitglieder mit 67 Anteilen.

Veranstaltungen. 1. Juni, abends 8 Uhr, im 'Königlichen Hof'. 2. Juni, abends 8 Uhr, im 'Königlichen Hof'.

Deutsch. Verkehrsband. Legier Abend Fred Harry.

Betten- u. Damen-garderobe. Jugend-ladungen.

Gold-Silber-Platin-Bruch-Liegenstände. Mag Beil.

Kino-Gruppe. 10. Juni, abends 8 Uhr.

Ham. Jugend. 10. Juni, abends 8 Uhr.

Kleider-schränke. 10. Juni, abends 8 Uhr.

Max Jungblut. 10. Juni, abends 8 Uhr.

Max Jungblut. 10. Juni, abends 8 Uhr.

Arbeitsgemeinschaft Hallischer Krantentassen. 10. Juni, abends 8 Uhr.

Raucht Zetko-Gold. in Qualität merkebar! Mitteldeutsche Zigarettenfabrik Aktiengesellschaft.

Möbel auf Teilzahlung! Leichte Zahlungsweise! Etchmann & Co., Halle a. S.

Gebhardt-Eiweiß-Kakao. der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungs-trank...

Bericht für die Produktiv-Genossenschaft Bekanntmachung. Die Jahrsätze und Verträge haben infolge...

Arbeitsgemeinschaft Hallischer Krantentassen. 10. Juni, abends 8 Uhr.

Schlafzimmer Küchen Speisezimmer empfangt in solchen Preisen Möbel-fabrik J. Bergmann.

Anna Theuring. Nur Große Wallstraße 42. Telefon 4263. Hauslampen... kg 1110. Altpapier... 320.

Normal-, Mato-Hemden u. -hosen, Einfaß-Hemden, Oberhemden im passend. Kragen.

Kleiner Berlin 2, Eine Treppe, Eingang Sternstr. Gold-, Silber-, Platin-, Doublee-Bruch.

Der Wiedererwerbungsbeitrag des Genossen Mag Sölz.

der „gemeine Verbrecher“ unterrichtet um das Material ja dem verurteilten Justizmord.

Wettfellen, solto gearbeitet, mit Patent u. Schutz-Markierung, per Stück 300 000 Stk.

Chaffelorgnes, Romanns Hirta & Co. Leipzig Str. 16, Ecke Gr. Sandberg.